

Aufstellung des Bebauungsplanes  
§ Gewerbegebiet Weißenhorner Straße Ost“

Abwägung der zum Veröffentlichungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen mit Satzungsbeschluss

Inhalt.....	Seite
1.      Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange.....	2
1.1    Stellungnahmen ohne Einwände.....	2
1.2    Stellungnahmen mit redaktionellen Ergänzungen.....	2
1.3    Stellungnahmen zu den planungsrechtlichen Rahmenbedingungen.....	2
1.4    Stellungnahmen mit weiteren Einwendungen:.....	2
2.      Stellungnahmen der Öffentlichkeit.....	2
3.      Satzungsbeschluss.....	3

Hinweis: Es gelten nachfolgend jeweils die Originalstimmungen in ihrem vollen Wortlaut.  
Fassung für die Vorlage zur öffentlichen Sitzung der Stadt Vöhringen am 22.05.2025

## **1. Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

Abwägung der Stellungnahmen, wie sie zur Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragen wurden. Diese erfolgte mit Schreiben vom 27.03.2025 und Termin zum 10.04.2025.

### **1.1 Stellungnahmen ohne Einwände**

- Landratsamt Neu-Ulm, FB 33 – Naturschutz und Landschaftsplanung, Neu-Ulm, mit E-Mail vom 02.04.2025

### **1.2 Stellungnahmen mit Einwendungen:**

Es sind durch die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange keine Anregungen oder Stellungnahmen mit Einwendungen eingegangen.

## **2. Stellungnahmen der Öffentlichkeit**

Abwägung der zur Veröffentlichung nach § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4a BauGB vorgetragenen Stellungnahmen. Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgte im Zeitraum vom 27.03.2025 bis 10.04.2025.

### **2.1 Bürger, mit E-Mail vom 16.03.2024**

#### **Stellungnahme:**

„Sehr geehrter Bürgermeister Neher,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen des Bauleitplanungsverfahrens für das „Gewerbegebiet Weißenhorner Straße Ost“ in Illerberg möchten wir auf einen wesentlichen Aspekt hinweisen, der u.E. bislang unzureichend berücksichtigt wurde: Die Auswirkungen der geplanten Erschließung und der damit verbundenen Verkehrslast auf die nördlich angrenzenden Wohngebiete in Illerberg und Witzighausen entlang der Kreisstraße NU9.

Im Umweltbericht zum Bauleitplanverfahren wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass „die verkehrliche Erschließung über siedlungserne, übergeordnete Straßen“ erfolgen soll und „Siedlungsflächen mit Wohnfunktionen nicht betroffen“ seien. Diese Aussage ist jedoch aus unserer Sicht unzutreffend und bedarf einer dringenden Überprüfung. Die Kreisstraße NU9 verläuft unmittelbar entlang von Wohngebieten, die durch den geplanten Ausbau des Gewerbegebiets und die damit einhergehende Erhöhung des Verkehrsaufkommens unmittelbar betroffen sein werden.

Die NU9 stellt eine wichtige Verbindung zwischen Illerberg und den umliegenden Ortschaften dar, und es ist zu erwarten, dass die Verkehrslast durch die Erschließung des Gewerbegebiets weiter steigen wird. Dies führt nicht nur zu einer Verschärfung der Lärmsituation, sondern auch zu einer Erhöhung der Luftbelastung durch Abgase, die sich negativ auf die Lebensqualität und die Gesundheit der dort lebenden Menschen auswirken können. Besonders betroffen sind Anwohner, die in unmittelbarem Kontakt mit der Kreisstraße NU9 leben, deren Schutzbedürftigkeit in den bestehenden Planungen nicht ausreichend berücksichtigt wird.

Es ist zu befürchten, dass eine unzureichende Berücksichtigung der verkehrlichen Auswirkungen auf die angrenzenden Wohngebiete zu einer signifikanten Verschlechterung der Lebensbedingungen führen wird. Lärm- und Abgasemissionen, die durch eine er-

höhte Verkehrsdichte entstehen, haben nachweislich negative Folgen für die menschliche Gesundheit, insbesondere in Bezug auf Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislauf-Probleme und langfristige Stressbelastungen.

Darüber hinaus wird im Bebauungsplan die gute Erschließung des Gewerbegebiets über die NU9 hervorgehoben, was die Bedeutung dieser Straße für die geplante Nutzung des Gebiets unterstreicht.

Wenn jedoch gleichzeitig die möglichen Auswirkungen auf die angrenzenden Wohngebiete ausgeklammert werden, wird ein unvollständiges Bild der tatsächlichen Belastungen und Risiken für die Bevölkerung gezeichnet.

Wir fordern daher, dass die verkehrliche Erschließung und die Auswirkungen auf die angrenzenden Wohngebiete entlang der NU9 in einer umfassenden und realistischen Weise untersucht und in das Verfahren einbezogen werden. Eine detaillierte Untersuchung der Lärm- und Abgasbelastung ist notwendig, um den Schutz der Gesundheit der Anwohner sicherzustellen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die negativen Auswirkungen des Projekts auf die Lebensqualität der betroffenen Bevölkerung zu minimieren.

Es ist entscheidend, dass die Belange der Anwohner in der Planung des Gewerbegebiets Berücksichtigung finden und der Bauleitplan entsprechend angepasst wird, um eine gesunde und lebenswerte Umgebung zu gewährleisten.

Wir appellieren deshalb an Sie, sich für die betroffenen Bürger aktiv einzusetzen, die Situation ganzheitlich zu betrachten und geeignete Maßnahmen einzuleiten, gegebenenfalls auch in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Neu-Ulm als beteiligtem Straßenbaulastträger.

Sollten Sie weitere Fragen haben oder das persönliche Gespräch wünschen, dann können Sie uns gerne kontaktieren.“

#### **Abwägung:**

Die Verkehrssituation ist in der Planung bereits ausführlich beschrieben. Eine weiterführende Untersuchung wird als nicht erforderlich angesehen, da durch das gegenständliche Vorhaben lediglich kaum messbare Veränderungen der Verkehrsbelastung zu erwarten sind. Die durch die Planung entstehenden gewerblichen Nutzungen führen zu keinem zusätzlichen Verkehrsaufkommen, das über die bereits bei der ursprünglichen Ausweisung der Gewerbefläche im Flächennutzungsplan prognostizierten Belastungen hinausgeht. Auswirkungen auf die im Umweltbericht genannten Schutzgüter sind nicht nachvollziehbar.

Im Übrigen wurden im Zuge der Trägerbeteiligung auch die Straßenbaulastträger einbezogen. Sowohl seitens des Landratsamts als auch des Staatlichen Hochbauamts wurden keine Einwände vorgebracht.

Abstimmungsergebnis:
----------------------

### **3. Satzungsbeschluss**

Der Stadtrat der Stadt Vöhringen beschließt nach Kenntnisnahme und Abwägung der zur Veröffentlichung vorgetragenen Anregungen und Stellungnahmen den Bebauungsplan Gewerbegebiet Weißenhorner Straße Ost, bestehend aus den textlichen Festsetzungen, der Planzeichnung und der Begründung, jeweils in der Fassung vom 22.05.2025, sowie ein Umweltbericht vom Landschaftsarchitekturbüro Irsch – Rauh – Partner in der Fassung vom 25.11.2024, als Satzung.

Abstimmungsergebnis:
----------------------

Kaufbeuren, den 02.05.2025